Frauenhaus vor erneutem Kraftakt

Die Planungen für das neue Gebäude sind abgeschlossen, doch jetzt bereitet ein Gesetz Sorgen

Von Marius Göhl

Regensburg. Wenn Ingeborg Heindl über das neue Haus des Regensburger Autonomen Frauenhauses spricht, überwiegt bei ihr die Freude. 20 Jahre lang haben die Mitarbeiterinnen nach einer weiteren Immobilie gesucht. Nun ist sie gefunden. Doch von Entspannung kann keine Rede sein. Rund 1,3 Millionen kostet der Umbau der Immobilie zum Frauenhaus. Für die Non-Profit-Organisation eine Mammutaufgabe. Und obendrauf gibt es noch ein neues Gesetz, das zusätzliche Probleme bringen könnte.

Anfang 2026 hat das Autonome Frauenhaus in Regensburg das passende Haus gekauft. Mehr als 300 Quadratmeter Wohnfläche, ein nicht einsehbarer Garten, jede Menge Arbeit – und im Bestfall elf neue Versorgungsplätze für hilfesuchende Frauen.

Ein Schnäppchen im Immobilien-Dschungel

Mit der Immobilie hatten sie Glück. „Die Besitzer wollten eine soziale Einrichtung unterstützen. Auf dem freien Markt wäre der Preis vermutlich weitaus höher gewesen", sagt Heindl. 1,3 Millionen Euro, ein Schnäppchen für ein solches Gebäude in der derzeitigen Regensburger Immobilienwelt. Für das Frauenhaus ein Kraftakt. Der Großteil wurde durch Spenden finanziert. Die Kosten für den Aus- und Umbau des Gebäudes zum Frauenhaus schätzen die Mitarbeiterinnen ebenfalls auf rund 1,3 Millionen Euro.

Als sie die Summe ausspricht, lehnt sich Heindl etwas zurück. Und macht eine kurze Pause. „Noch sind wir nicht sehr weit. Das ist schon eine gewaltige Aufgabe", sagt sie. Aber so ist es eben. Rückschläge gehören dazu, nicht nur in der täglichen Betreuung. Doch alle wissen, wofür sie es machen: für Frauen in Not. Die Finanzierung war schon immer ein heikles Thema. Um seinem Schutzanspruch gerecht zu werden, ist das Autonome Frauenhaus auf Unterstützung angewiesen. Kommunen, Stiftungen, Privatspenden, Zuweisungen: Die Art der Finanzierung ist vielfältig. Das soll sich nun ändern – womöglich auf Kosten der Frauenhäuser.



Die Pläne stehen: Ingeborg Heindl und ihre Kolleginnen haben die Planungsphase für das neue Gebäude großteils abgeschlossen. Nun wartet der Um- und Ausbau. Foto: Marius Göhl

Beim Stichwort Gewalthilfegesetz merkt man Heindl ein gewisses Unverständnis an. Eigentlich haben sie im Autonomen Frauenhaus diese Reform in Bayern mit angestoßen. Das Problem sei die Umsetzung. „Wir haben den ersten Entwurf gesehen. Wenn der so bleibt, könnte es mit der Finanzierung ganz schön eng werden", sagt sie. Konkret geht es um Zuständigkeit. „Es wird vereinheitlicht. Zuvor war es überall unterschiedlich. Wir waren ein großer Flickenteppich – in ganz Bayern und Deutschland."

Ab 2027 soll der Freistaat Bayern die Frauenhäuser finanzieren. Die Vereinheitlichung sei an sich eine gute Nachricht, sagt Heindl. Aber so sind die Kommunen nicht mehr unmittelbar zuständig. Sie könnten zwar weiterhin freiwillig Geld geben – müssten es aber nicht. „Die Landkreise Neumarkt und Kelheim haben schon angekündigt, uns ab der Änderung 2027 nicht mehr freiwillig zu unterstützen." Verständnis habe sie dafür wenig. Der Landkreis Kelheim habe auf die angespannte Haushaltssituation verwiesen. „Die Arbeit machen wir ja auch für Frauen aus diesen Regionen. Die Plätze im neuen Haus sind auch für Frauen aus diesen Regionen da. Gerade für die Investition ins neue Haus finde ich das total schade", sagt Heindl.

Für Sozialbürgermeister Thomas Thurow steht die Stadt Regensburg fest an der Seite der örtlichen Frauenhäuser und der Trägervereine. „Auch in der Vergangenheit wurden aus kommunalen Mitteln zusätzliche Leistungen freiwillig gefördert, zusätzlich zum Betrieb der Frauenhäuser. An diesem Niveau würden wir gerne festhalten", sagt Thurow. Durch das neue Gesetz sehe aber auch er zunächst die Verantwortung für „eine angemessene finanzielle Ausstattung des Schutzsystems" beim Freistaat.

Ein Defizit von 80 000 Euro möglich

Die Landkreise Regensburg und Cham haben sich laut Heindl noch nicht festgelegt. Besonders bereitet ihr die Höhe der künftigen Zuschüsse Sorgen. Denn welche Personalkosten berücksichtigt werden, ist im bisherigen Entwurf eng gefasst. So fällt beispielsweise die Rund-um-die-Uhr-Rufbereitschaft bei den Rechnungen heraus.

Den neuesten Zahlen des Autonomen Frauenhauses zufolge könnte so ein Defizit von mindestens 80 000 Euro entstehen. Eine Lücke, die ohne Änderungen im Gesetz wohl ohne freiwillige Unterstützung nicht zu kompensieren wäre. Zumindest solle bei jedem Haus in Bayern die Rufbereitschaft ins Personal reingerechnet werden. So hätte man qualifiziertes Personal und gleichzeitig würden sich die Sachkosten erhöhen. Denn diese betragen 20 Prozent der Personalkosten.

Eigentlich beginnt für das Autonome Frauenhaus mit dem neuen Gebäude ein neues Kapitel. Mehr Platz, mehr Möglichkeiten, elf zusätzliche Plätze. Doch bevor die ersten Frauen einziehen können, muss noch eine andere Baustelle gelöst werden: die Finanzierung.

Die Zahlen

Plätze: Mit dem zweiten Frauenhaus will das Autonome Frauenhaus in Zukunft insgesamt Platz für 20 bis 21 Frauen anbieten. Zwei davon sind derzeit barrierefrei geplant, einer davon explizit für Rollstuhlfahrer. Die Eröffnung plant Heindl gegen Ende 2027, eher Anfang 2028.

Fälle: Im Jahr 2025 hat das Autonome Frauenhaus in Regensburg 153 Platzanfragen erhalten. Nur 36 Frauen konnten aufgenommen werden, 117 wurden abgelehnt. Im Jahr zuvor waren es sogar 222 abgelehnte Fälle.

Rechtsanspruch: Mit dem Gewalthilfegesetz in Bayern sollen gewaltbetroffene Frauen ab dem Jahr 2032 einen einklagbaren Rechtsanspruch auf Schutz und Beratung erhalten. Laut einer Statistik der Frauenhauskoordinierung fehlten 2025 in Deutschland schon 12 000 Plätze. Nach der Istanbul-Konvention müssten rund 19 600 Plätze zur Verfügung stehen. Tatsächlich gibt es nur etwa 7800.